



Vorwort

„Setzen wir Deutschland, so zu sagen, in den Sattel: Reiten wird es schon können“¹, gab Otto v. Bismarck den Abgeordneten mit auf den Weg, als sie im März 1867 die Verfassung des Norddeutschen Bundes berieten, aus dem wenig später der erste deutsche Nationalstaat hervorging – das Deutsche Reich von 1871. Von einem solchen Selbstvertrauen war rund 120 Jahre später bei der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands nichts zu hören. Nach ihrer zweiten Einheit wurde die deutsche Nation nicht in den Sattel gesetzt sondern ins Geschirr genommen. Für die Einheit Europas, für eine liberaldemokratische Weltordnung, für die Europäische Union und für die nordatlantische Allianz.

Vernehmbare Zweifel an dieser außenpolitischen Festlegung, einen Übergangszustand der Selbstfindung und Neuabschätzung der gewandelten Rahmenbedingungen gab es weder 1990 noch danach. Vielmehr galt die Devise, die

¹ Rede vor dem Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes am 11. März 1867, in: Horst Kohl (Hrsg.), Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Band 3, Stuttgart 1892, S. 184.

erfolgreiche Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis und ihre uneingeschränkte Mitwirkung an der europäischen Integration fortzusetzen. Ja, das größere Gewicht des vereinten Deutschland dafür noch mehr in die Waagschale zu werfen. Bis dahin, sich als souveräner Staat in einem supranationalisierten Europa faktisch aufzulösen, seine Beistandspflicht auf ein Dutzend mehr Allianzmitglieder nach Osten auszudehnen und einer westlichen Wertegemeinschaft vorbehaltlos in weltweite Militäreinsätze zu folgen. Davon zeigt sich bis heute die vorherrschende deutsche Außenpolitik umso überzeugter, als sie die freiere Ausgangslage des deutschen Nationalstaates im 19. Jahrhundert für seine Katastrophen im 20. Jahrhundert verantwortlich macht. Ein historischer und politischer Kurzschluss.

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Einheit belehrt die Wirklichkeit die deutsche Außenpolitik langsam, aber sicher eines Besseren. Der Nationalstaat will in Europa nirgendwo außer in Deutschland absterben. Ein europäischer Bundesstaat kommt nicht. Das erweiterte Militärbündnis hat Deutschland eine neue Konfrontation mit Russland eingetragen. Die Brennpunkte der Welt sind zu einem Flächenbrand geworden, seitdem auch Deutschland seine Streitkräfte für andere Zwecke als den der Landesverteidigung kämpfen lässt. Deutschland selbst entpuppt sich gegen seinen Willen als das, was es ungeteilt immer war und sein wird: eine zentraleuropäische Großmacht.

Allein, die deutsche Außenpolitik gibt sich unfähig und unwillig, darauf einzuschwenken. Sie hat sich bei genauerem Hinsehen umfassend getäuscht: über die zeitlosen Eigenschaften der nationalstaatlichen Existenz Deutschlands und in ihren Glaubenssätzen über den Entwicklungsgang der äußeren Umstände. Geopolitisch befindet sich Deutschland wieder in europäischer Mittellage, dominiert – wirtschaftlich – den Kontinent und gerät mit elementaren Bedürfnissen in ein Spannungsverhältnis zur euro-atlantischen Einhausung. Die überkommene Methode, sich der Frage nach den eigenen Interessen und der Verantwortung für

sich selbst dadurch zu entledigen, dass man Deutschland in den Dienst eines erlösenden übergeordneten Ganzen stellt, funktioniert nur mehr schlecht als recht.

Im Verhältnis zur EU und zur NATO tun sich Risse auf. Die Hingabe an eine Integration um ihrer selbst willen isoliert die tradierte deutsche Europapolitik unter den EU-Mitgliedern und hat sie bereits das Opfer gekostet, mit dem Vereinigten Königreich einen wichtigen Partner innerhalb der Union zu verlieren. Die Gemeinschaftswährung ist zum Spaltpilz und zur Bürde geworden. Die NATO verlangt von Deutschland mehr Risiko- und Konfliktbereitschaft für unter dem Strich weniger deutsche Sicherheit. Momente gründlicher Selbstvergewisserung, geschweige denn einen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik haben solche Unstimmigkeiten und Fehleinschätzungen bis heute nicht bewirkt. Das außenpolitische Establishment stößt nur noch lauter in dasselbe, bekannte Horn.

Das bremst mich nicht im geringsten, in diesem Buch einen anderen Ton anzuschlagen. Wohl wissend, damit bisherige Axiome der deutschen Außenpolitik umzustößen. Aus dem einfachen Grund, von der Tatsache europäischer Nationalstaatlichkeit mit einer herausragenden Stellung Deutschlands und entsprechenden Dispositionen auszugehen. Als da wären: Zentrums- und mit hohem Interesse an einer gesamteuropäischen Friedensordnung einschließlich Russlands. Führende Exportnation, die auf überwiegend konfliktfreie Handelsbeziehungen in alle Teile der Welt angewiesen ist. Größte Volkswirtschaft in Europa, die sich währungspolitisch nicht mit anderen europäischen Ländern über einen Leisten schlagen lässt, ohne gravierende Ungleichgewichte zu provozieren.

Darauf gibt dieses Buch andere inhaltliche und strategische Antworten als die gewohnten. Erstens: neben dem NATO-Sockel im Westen die deutsche Sicherheitspolitik im Osten Europas durch einen Sicherheitsvertrag mit Russland abzustützen. Zweitens: Abstand zu internationalen Militärinterventionen zu halten, sofern Deutschland nicht direkt bedroht ist. Drittens: die Einführung einer deut-

schen Ankerwährung (Euromark) in Europa und den Abschied von einer Staatswerdung der EU. In bester Absicht wegweisender Politikberatung wird damit vorausgedacht und der Zeit vorgegriffen, um Anstöße für ein Umdenken und Umsteuern in der deutschen Außenpolitik zu geben.

Mehr als die Ausdauer beim Verfassen des Manuskripts hat die Gedankenarbeit dafür meinen Mut auf eine echte Probe gestellt und in der Zuneigung meiner Lieblingsmenschen ihren Halt gefunden. Das Ergebnis hat sich freilich gelohnt. *All is well that ends well*. Mit Herz und Verstand geschrieben für mein deutsches Vaterland.

Osnabrück, im Mai 2017

Wolfgang Klages

Bestellen:



Deutscher Wissenschafts-Verlag (DWW)
International Scientific Publishers, Baden-Baden

